

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

AKTUELL

Ruhe an der Teuerungsfrent

Bern/Zürich (AP) Von der Teuerungsfrent droht der Schweizer Wirtschaft keine Gefahr: Die Jahressteigerungsrate lag im August bei 0,5 Prozent, nach 0,6 Prozent im Vormonat und 3,6 Prozent vor Jahresfrist. Zu einem Teuerungssprung wird es nach Darstellung von Experten erst mit der Einführung der Mehrwertsteuer kommen. Nach Mitteilung des Bundesamts für Statistik (BFS) vom Freitag erreichte der Landesindex der Konsumentenpreise im August einen Stand von 100,9 Punkten. Dies entspricht einer Monatssteigerung von 0,4 Prozent.

Schwaches Ergebnis für Hotellerie

Bern (AP) Trotz der Schönwetterlage hat die Schweizer Hotellerie im Juli lediglich das auf tiefem Niveau gelegene Vorjahresergebnis erzielt. Mit 3,85 Mio. Hotelübernachtungen sei seit 1958 nur einmal ein tieferer Juli-Stand erreicht worden, teilte das BFS am Freitag mit. Unterdurchschnittlich fiel auch das Ergebnis für die ersten sieben Monate dieses Jahres aus. Nachdem der hotelorientierte Fremdenverkehr in der Schweiz im ersten Quartal 1994 noch eine mittlere Frequenzzunahme von 2,3 % aufgewiesen hatte, folgte in den Monaten April bis Juni eine Abschwächung um durchschnittlich 2,7 %. Für den Monat Juli zeigen die ersten provisorischen Logiernächtedaten des Bundesamtes für Statistik (BFS) bei den Aufhalten der Schweizer Wohnbevölkerung eine leichte Erhöhung um 0,1 % auf 1,49 Mio. Übernachtungen, während jene der Ausländer mit 2,36 Mio. den Vorjahresstand erreicht.

Grösserer Stellenabbau im EMD

Bern (AP) Im Zuge der Reform EMD 95 dürfte der Personalabbau grösser ausfallen als bisher angenommen. Die Planzahl von 3000 Stellen bis ins Jahr 2001 werde überstiegen, teilte das EMD am Freitag mit. Bezüglich der künftigen Departementsstruktur entschied sich der Bundesrat für ein «Teilstreitkräfte-Modell», das dem Generalstabschef die strategische Planung und Kontrolle zuweist. Der Personalbestand im EMD hat von Anfang 1990 bis Mitte 1994 um 2200 Personen oder elf Prozent auf rund 18 000 Beschäftigte abgenommen. Dabei sei allein in den Rüstungsbetrieben ein Rückgang um 25 Prozent oder 1200 Personen auf 3700 registriert worden.

Der Staat – eine Unternehmung mit unzureichenden Strukturen?

Fragen nach der Vorlage des Regierungsberichtes über eine Regierungsreform – Welche Einflussmöglichkeiten besitzt der Landtag?

(G.M.) – «Die Regierungsreform ist bis heute in der liechtensteinischen Öffentlichkeit kaum oder wenig unter dem Aspekt diskutiert worden, dass heute auch die Regierung eines Landes von der Grösse Liechtensteins moderner Führungsstrukturen bedarf.» Diese Kühne Behauptung stellt die Regierung in ihrem Bericht an den Landtag auf, ohne eine nähere Begründung anzugeben, worauf sich diese Auffassung stützt. Aussenstehende, die sich nun ernsthaft mit der Frage der Regierungsreform auseinandersetzen, werden sich nun überlegen, ob das unter der Hektik von Koalitionsverhandlungen zustandegekommene Modell einer Regierung mit zwei vollamtlichen Regierungsmitgliedern und drei hauptamtlichen Regierungspräsidenten bzw. Regierungsräten diesen Anforderungen genügt.

Eine schlechte Note stellt der vorliegende Regierungsbericht der Vorgängerregierung aus, die offensichtlich noch unter Voraussetzungen arbeitete, die von der heutigen Regierung als unakzeptabel bezeichnet werden, wenn es etwa heisst: «Die Staatsverwaltung mit

einem Personalbestand von mehr 1000 Personen und Einnahmen und Ausgaben von beinahe je einer halben Milliarde Franken ist betriebswirtschaftlich gesprochen keine Unternehmung mehr, deren Leitung und Führung man mit völlig unzureichenden Strukturen bewerkstelligen kann.»

Mehr Aufgaben für den Staat

Kritik versteckt sich im Regierungsbericht auch bei der Aufzählung der Arbeiten, die von der Regierung aufgrund der traditionellen Fortsetzung der früher üblichen Tätigkeiten und Wirkungskreise zu verrichten waren. Hinzu kommt, dass dem Staat in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer mehr Aufgaben übertragen wurden – oder der Staat hat sich diese Aufgaben selbst gegeben, die unter dem modernen Stichwort der Privatisierung zur Disposition stehen. «Dieses Aufgabenwachstum», hält die Regierung in ihrem Bericht zur Regierungsreform fest, «fand seinen Niederschlag in einer immer länger werdenden Liste von Geschäften, über welche die Regierung zu entscheiden hatte.» Regierungssit-

zungen mit mehr als 150 Traktanden, führt der Regierungsbericht hierzu an, seien in den letzten Jahren keine Seltenheit gewesen. Was noch vor kurzer Zeit also als Leistungsausweis der Öffentlichkeit stolz präsentiert wurde, scheint heute – obwohl die Beschäftigungsquote der Gesamtregierung seit den letzten Wahlen erheblich aufgestockt wurde – zur Belastung geworden zu sein. Den daraus resultierenden desolaten Zustand benennt die Regierung in ihrem Bericht mit den folgenden Worten: «Dass solche Sitzungen von den Regierungsmitgliedern nicht mehr mit der erwünschten Sorgfalt vorbereitet werden können, ist naheliegend. Ebenso unmöglich ist es, über so viele Geschäfte in einer Regierungssitzung eine fruchtbare Diskussion zu führen und eine von den Vorinstanzen unabhängige Meinung zu bilden.»

Delegation von Aufgaben notwendig

Die Regierung hat die Notwendigkeit offensichtlich erkannt, dass die Delegation von Aufgaben unumgänglich geworden ist. Mit zu reich befrachteten Traktandenlisten besteht die Gefahr, dass die

Regierung aus Zeitmangel zum Vollzugsorgan der Ämter werde – statt umgekehrt, heisst es dazu im Regierungsbericht. Die heutigen Regierungssitzungen seien geprägt durch eine Mischung von wichtigen, der Regierung zustehenden Aufgaben mit Verwaltungsaufgaben, die besser von Ämtern und Kommissionen erledigt werden könnten. Offen bleibt somit die Frage, weshalb bei der Bildung dieser Regierung zuerst die Beschäftigungsquote hinaufgesetzt, anstatt mit Priorität die Delegation von Aufgaben an die Ämter an die Hand genommen wurde. Der Ressortplan der Regierung, der in der Vergangenheit wenig Veränderungen unterlag, ist an verschiedenen Orten für die jetzige Kollegialregierung leicht verändert worden. Allerdings spielte bei diesen Änderungen weniger die Einsicht in die Notwendigkeit einer möglichst effizienten Regierungstätigkeit die Hauptrolle, sondern persönliche Befindlichkeiten einzelner Regierungsmitglieder. Ob dieser Umstand eine durchgreifende Reform der Regierung fördern oder eher behindern wird, bleibt vorerst offen.

Potential an Erfahrung und pädagogischem Wissen nutzen

Informationsveranstaltung «Vier Jahre Schulprojekt Schülerbeurteilung und Schulentwicklung» – Eröffnung durch Thomas Büchel

(s.e.) – «In jedem Schulhaus liegt ein grosses Potential an Erfahrung und pädagogischem Wissen. Nutzen wir es!» Diese Bilanz zog gestern Beat Thenen, seitens des Schulfaches verantwortlicher Leiter des Projektes «Schülerbeurteilung und Schulentwicklung im Fürstentum Liechtenstein», zum Auftakt einer grossangelegten Informationsveranstaltung in Ruggell. Das Projekt wurde vor vier Jahren an den Primarschulen von Ruggell und Vaduz-Aüle gestartet und 1993 ist die Primarschule Gamprin neu in diesen Schulversuch eingestiegen.

Gestern wurden nun nach vierjähriger Erfahrung die Primarlehrer- und -lehrerinnen, Eltern sowie weitere Interessierte im Rahmen einer ganztägigen Informationsveranstaltung in Ruggell über das Projekt informiert. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel dankte in seiner Eröffnungsrede den beiden Lehrerteams von Ruggell und Vaduz-Aüle, dass sie sich vor vier Jahren bereit erklärt hätten, die Pionierrolle bei diesem Projekt zu übernehmen. Die Lehrer wollten, so Thomas Büchel, nicht nur weg vom Image des Lehrers als Einzelkämpfer, sondern gleichzeitig auch gemeinsam nach neuen Unterrichtsformen suchen, neue Ziele stecken, «ihrer Schule» ein pädagogisches Profil geben.



In einer Informationsveranstaltung wurde gestern in Ruggell über den Verlauf des Projektes «Schülerbeurteilung und Schulentwicklung im Fürstentum Liechtenstein» Bilanz gezogen. Rechts im Bild Kurt Mündle, Moderator der gestrigen Veranstaltung.

Ziel der gestrigen Veranstaltung war es, die Primarlehrer und -lehrerinnen des Landes, die Eltern sowie alle Interessierten über den mehrjährigen Prozess und das Erreichte zu infor-

mieren. Dazu wurden neben einführenden Referaten eine Reihe von Workshops sowie Rollenspiele durchgeführt. Zusammenfassende Ergebnisse wurden am frühen Abend im

Rahmen einer Pressekonferenz bekanntgegeben.

Mehr über das Projekt «Schülerbeurteilung und Schulentwicklung» lesen Sie auf Seite 2 dieser Ausgabe.

Zweite Sammelvorlage für Nachtragskredite

Bericht und Antrag der Regierung an den Landtag – Höhe von insgesamt 903 000 Franken

(paff) – Mit Bericht und Antrag hat die Regierung dem Landtag die zweite Sammelvorlage von Nachtragskrediten zum Budget 1994 vorgelegt. Diese zweite Vorlage umfasst gesamthaft Fr. 903 000.–, die sich auf sechs Budgetkonti verteilen.

Der Hauptanteil der zusätzlich beantragten Mittel entfällt mit Fr. 525 000.– auf höhere Aufwendungen für den Ankauf von Telefonapparaten für Verkaufszwecke. Diesem Nachtragskredit werden aber auch entsprechend höhere Verkaufserlöse folgen. Weitere Nachtragskredite werden bei den Konti Mitgliederbeiträge an die UNO mit Fr. 250 000.– und Unterhalt der Schulgebäude mit Fr. 50 000.– beantragt. Bei den restlichen Krediten, die dem Landtag als dringliche Ausgaben zur nachträglichen Genehmigung unterbreitet werden, handelt es sich ausschliesslich um Kostenüberhänge aus dem Vorjahr.

Im Budget 1994 sind bei den Mitgliederbeiträgen an die UNO auch Mittel für die Finanzierung der friedenserhaltenden Massnahmen der UNO vorgesehen. Liechtenstein hat analog zum regulären Beitrag, 0,01 % dieser Kosten zu übernehmen. Die UNO hat in den vergangenen vier Jahren in zunehmendem Masse friedenserhaltende Massnahmen durchgeführt. Nachdem sich weder Krisen oder Kriege noch die friedenserhaltenden Massnahmen der UNO voraussehen lassen, ist eine genaue Budgetierung dieses Mitgliederbeitrags nicht möglich. Betragsmässig besonders ins Gewicht fielen die Einsätze der Friedenstruppen in Ex-Jugoslawien und in Somalia.

Der Nachtragskredit von Fr. 50 000.– beim Konto für den Unterhalt der Schulgebäude wird benötigt, um die neuen Räume für die Didaktische Medienstelle und den Amtlichen Lehrmittelverlag anzupassen und einzurichten. Die beiden Stellen mussten aufgrund der Raumnot

im Schulzentrum Mühleholz umgesiedelt werden.

Als dringliche Ausgaben bereits ausgeführt oder zumindest nicht mehr beeinflussbar sind folgende Kreditüberschreitungen: Fr. 9000.– für Fixinstallationen für den Staatsfeiertag (Strom- und Wasseranschlüsse auf der Schlosswiese und im Vaduzer Städtle); Fr. 56 000.– für die Gestaltung der Naturkundlichen Ausstellung im Mai 1993 und Fr. 13 000.– für die Teilnahme an der OLMA 1993.

Die erste Sammelvorlage von Nachtragskrediten, die vom Landtag im Juni genehmigt wurde, belief sich auf Fr. 765 000.–. Zusammen mit der vorliegenden zweiten Sammelvorlage betragen die Nachtragskredite gesamthaft Fr. 1 668 000.–. Mit dem Voranschlag 1994 war vom Landtag ein Ausgabenrahmen von Fr. 472,4 Mio. zur Verfügung gestellt worden; den Ausgaben stehen Einnahmenerwartungen von Fr. 465,0 Mio. gegenüber.

Streit um neue Einnahmen entbrannt

Bern (AP) Ein Konsens über die Sanierung der Bundesfinanzen ist in weite Ferne gerückt. Der Bundesrat hält an seinen Vorschlägen für neue Steuern fest, wie Bundespräsident Otto Stich am Freitag bekanntgab. Bürgerliche Parteien und Wirtschaftsverbände lehnen diese vehement ab. Der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes malte ein düsteres Bild des Patienten Bundeskasse und hielt fest: «Heilungschancen bestehen nur dann, wenn sich alle die Medizinmänner und -frauen auf eine Therapie einigen können.» Für den Gesamtbundesrat und den Finanzminister ist der Weg klar: «Es gibt keine Lösung ohne zusätzlichen Mehreinnahmen», sagte Stich. Wer dies bestreite, habe «nichts gelernt und alles vergessen». Mit ähnlich harten Bandagen reagierte die Gegenseite. Die vom Bundesrat als Variante vorgeschlagene Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt sei eine Arroganz sondergleichen.

SONY

Der Klangpurist.
Sony Midi-HIFI-Anlage D-509.

35,3 cm breit, 2x50 Watt, Fr. 1698.–
Ausstellungsrabatt 20 %

IMEX – Ihr Elektronik-Partner
Landstrasse 110 FL-9495 Triesen
Tel. 075/392 34 88 Fax 075/392 34 89